



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24931 - 83
Fernschreiber 0886090

P/XII/208 - 11. September 1967
Sonderdienst

Zur letzten Wahlinszenierung Erhard's

Ludwig Erhard - ein Reklamemodell der Wirtschaft

In Millionenauflagen geistern Inserate mit dem Bilde Erhard's durch die Presse, begleitet von verleumderischen Texten, ja von persönlicher Infamie. Der Wähler fragt, von wem wird das eigentlich bezahlt und wofür?

100 Millionen DM hat die Grosswirtschaft ihm und seiner Partei, der CDU/CSU, für diese Wahlpropaganda zur Verfügung gestellt und dazu als Hilfskräfte hunderte von Graphikern und Werbetechnikern. Sie stattet damit ihren Dank ab. Dank für eine Politik, die allein der Industrie rund 100 Milliarden DM neues Vermögen zuschanzte, indem sie die Preise freigab, unkontrolliert in die Höhe schiessen und die daraus erzielten Gewinne unbesteuert liess. 100 Millionen DM, das sind 0,1 % Wahlprämie für einhundert Milliarden.

Man dankt, weil Erhard's "Grundgesetz der sozialen Marktwirtschaft", sein Kartellgesetz, auch künftig die Möglichkeit lässt, den echten Wettbewerb auf dem Markt zu verhindern und die Preise nach den Gewinnbedürfnissen zu gestalten.

Man dankt dafür, dass die Lohn- und Gehaltsempfänger, sowie die Verbraucher, mit etwa 70 % den Staat über Steuern finanzieren, diese Grossverdiener aber nur mit 30 % des Steuereinkommens belastet sind. Die Wirtschaft zahlte monatlich 970 Millionen DM Steuern im Jahre 1966, die Lohnempfänger und Verbraucher aber 2,3 Milliarden.

Die Wirtschaft dankt auch für die neuen Möglichkeiten, Rüstungsgewinne zu machen - sieht ihren Wettlauf nach Kottbus zum Beschaffungsort. Rüstungsgewinne künftig auch mit Atomenergiewissen nicht "nur für -2-

"friedliche Zwecke"; hat doch der Bundeskanzler und seine ganze CDU/CSU-Fraktion im Bundestag die Verabschiedung eines Atomgesetzes, mit dem Atomenergie in der Bundesrepublik "nur für friedliche Zwecke" erlaubt sein sollte, verhindert.

Sie dankt für das gelungene Bemühen Erhard's, der den Industriellen versprach: Der Rentenreform die Giftkugel zu ziehen, indem er mit seiner Fraktion die Angleichung der Renten an die Löhne verhinderte.

Sie dankt für die Aufrechterhaltung der Zölle, damit die Preise für den Inlandverbraucher weiter hochgehalten und ausreichende preissenkende Einfuhren verhindert werden.

Sie dankt besonders dem "brutalen" Erhard, der in der Öffentlichkeit immer anderes versprach als er in seiner Partei vertrat und von der er sich gern "überstimmen" liess. So war Erhard öffentlich für Zollvollmachten und für Zollbarriere und erhöhte Einfuhren, doch er hat in seiner Partei und im Bundestag nicht dafür gestimmt - und seine Partei war dagegen. Erhard war für ein scharfes Kartellgesetz, auch dafür hat er im Bundestag nicht gestimmt - und seine Partei war dagegen. Erhard war für Preisbindung mit "brutaler Gewalt", doch er hat nichts dafür getan - denn seine Partei war dagegen. usw. usw.

In keinem Falle hat der Bundeswirtschaftsminister im Kabinett, im Bundestag oder in seiner Fraktion um seine in der Öffentlichkeit so leidenschaftlich vertretenen Ansichten gekämpft. Er ist kein Kämpfer, sondern allenfalls ein gutbezahlter Reisender in Wirtschaftsoptimismus. Die unter seinem Namen laufende Politik ist ohne sein Zutun und kaum mit seiner Einflussnahme von der Ministerialbürokratie, in engster Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und den Wirtschafts-Lobbyisten unter den Abgeordneten seiner Partei, gestaltet worden.

Auch dafür dankt die Wirtschaft Erhard, dass er ohne Sorge um seinen so verkauften wissenschaftlichen Grad, ohne Ehrgeiz um wirtschaftspolitische Gestaltung, aber dafür mit demagogischen Geschick gegen die Wahrheit und somit gegen die Demokratie gekämpft hat. Er war und ist die willigste und billigste Puppe am politischen Draht der Wirtschaft. Wer weiter ihr und seiner Partei Vertrauen schenkt: "Nun allerdings in Kauf nehmen, dass die Preise steigen, Deutschland endgültig gespalten bleibt und dass wir in Zukunft unter der Atom Bombe leben und vielleicht durch sie erkommen werden.

Davor warnt die deutsche Sozialdemokratie

* * *